



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/33 - 9. Februar 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2a

Sperrefrist:

Mittwoch, 10. Febr., 3,00 Uhr

Wir fordern die Antwort der CDU

117

Von Waldemar von Knoeringen,  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

3

Die Rückkehr U Fva  
Nach den Wahlen in Burma

52

4 - 5

Vertriebene Bauern waren auf Land  
Gefährdete Siedlungspolitik in Schleswig-Holstein

50

5

"Fall Oberländer" - beste Waffe der Kommunisten  
Wie lange noch Skandal um den Vertriebenenminister ?

24

6 - 7

Die Super-Petition  
Gewicht 2,4 Kilo - Umfang 60 x 40 Zentimeter

66

Von Ulrich Eßber

\* \* \* \*  
\* \* \*

Wir fordern die Antwort der CDU

Von Waldemar von Kneering,  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Sperrfrist Mittwoch, 10. Feb.

9.00 Uhr

Vor zehn Tagen hat die Deutsche Sozialdemokratie eine Dokumentation über ihre Auseinandersetzung mit dem Kommunismus veröffentlicht. Welt über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus hat diese Erklärung Aufsehen erregt. Die SPD braucht die Dokumentation nicht, um vor aller Öffentlichkeit noch einmal ihre antikommunistische Haltung zu beteuern. In Berlins Krisenzeit wurde unter sozialdemokratischer Führung eine Schlacht für Europa gewonnen. Ihre konsequente Einstellung gegen den Kommunismus haben viele Sozialdemokraten mit dem Verlust des Lebens, der Gesundheit, der Freiheit bezahlen müssen. Spekulant, die in der weitreichenden Erklärung Anzeichen innerparteilicher Auseinandersetzungen sehen, irren.

Warum diese Dokumentation, wenn damit kein Wechsel der Gesinnung verbunden ist? Diese Dokumentation wurde jetzt veröffentlicht, weil die Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus zu einer Frage von Leben und Tod der Demokratie geworden ist und weil die Herausforderung der kommunistischen Form des Totalitarismus ein Ausweichen unmöglich macht. Die vom Parteivorstand und Parteirat einstimmig gebilligte Dokumentation ist nie auf den Sozialistischen Programmsatz, die Grundlage der SPD-Politik in der Auseinandersetzung mit einem Kommunismus, der von "friedlicher Koexistenz" spricht und zur gleichen Zeit (Zentral-Komitee der KPD/SU am 9.1.1960) feststellte, daß "die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung der ideologischen Kampf nicht schwächen werden läßt", der seinem gegenwärtigen Verhalten nach auf eine militärische Auseinandersetzung verzichtet, dafür mit einer gewaltigen, nur in einer Diktatur möglichen Anstrengung die demokratische Welt wirtschaftlich bezwingen will.

Die Sowjetunion und ihre Satelliten werden diese Auseinandersetzung vorantreiben mit Masseninvestitionen für Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, mit ungeheuren Aufwendungen für die Weiterbildung der für eine moderne Industrie notwendigen Facharbeiter und Ingenieure. Der Kommunismus führt diese Auseinandersetzung mit einem Massenreservoir an Anstrengungen gewaltiger Menschen, die er zu seinem Werkzeug erniedrigt hat. Er rechtfertigt seine Diktatur und die von den Menschen seines Machtbereiches geforderten Opfer durch die versprochene Erfüllung eines Massenwunsches: den wirtschaftlichen Sieg über die westliche Demokratie.

Hier kann die kommunistische Rechnung aufgehen, wenn wir in der Bundesrepublik wie bisher nur dem Materiellen verfallen bleiben.

Die demokratische Welt kann der Herausforderung des Kommunismus nicht ausweichen, und die Deutsche Sozialdemokratie wird in diese Auseinandersetzung hineingehen mit der Überzeugung, daß wir eine gute Chance haben, der Stärkere zu bleiben, nämlich dann, wenn neben einer gerechten sozialen Ordnung, neben einer voll entwickelten Wirtschaft (was große Leistungen auf dem Gebiet der Wissenschaft und Bildung voraussetzt) der von kommunistischer Parteidiktatur geprägten Menschenbild ein in Freiheit sich entwickelnder, die Demokratie als Lebensform begreifender Mensch gegenübersteht.

Die Dokumentation zeigt den Weg auf, den die Deutsche Sozialdemokratie in der bevorstehenden Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, die auf nichtmilitärischer Gebiet stattfinden wird, zu gehen gewillt ist.

Die weiterungsbildenden Parteien der Bundesrepublik, die CDU/CSU, haben die neue Art der kommunistischen Herausforderung noch nicht erkannt. Das Beispiel des Generalstreikes für eine neue Krankenkassenordnung beweist, daß für breitere Bevölkerungsschichten notwendige soziale Einrichtungen nicht aus- sondern abgebaut werden.

Die CDU/CSU beharrt auch auf der Priorität militärischer Strategie als Grundlage ihrer Politik. Dagegen sind im Vergleich zu den Rüstungsausgaben die Mittel für Wissenschaft und Forschung völlig unzureichend, werden den Kultusministern der Länder durch das Ausbleiben eines gerechten Finanzausgleichs jene Mittel vorenthalten, die für die Erziehung einer Generation notwendig sind, vor deren Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Demokratie und vor deren Leistungsfähigkeit in der Wirtschaft in wenigen Jahren abhängen wird, ob sich die Demokratie in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus behauptet.

Wiederholt hat die SPD angesichts des Notstandes an Universitäten und Schulen ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften in einer "großen Koalition der Bildung" erklärt. In dem bereits vor einem Jahr veröffentlichten "Plan Z" hat sie die in die Einzelheiten der Finanzierung vor den Sachverständigen anerkannte Vorschläge für den Ausbau von Wissenschaft und Forschung, Universität und Schule unterbreitet. Daß in einer offiziellen CDU-Erklärung zum Godesberger Programm Professor Dr. Hans Erika Saier in Gegensatz

zu den maßgeblichen Vertretern der deutschen Universitäten die Vorstellungen der SPD "eine Utopie" nannte, unterstreicht nur, wie blind Kreise der CDU gegenüber den Gefahren sind, die ihre sterile Auffassung in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nach sich ziehen wird.

Wenn die Sozialdemokratie vor zehn Tagen bei der Veröffentlichung ihrer Dokumentation betonte, sie sei zur Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften bereit, dann versteht sie unter diesem Angebot nicht die bedingungslose Übernahme der Regierungsauffassung, man könne die Demokratie gegen den Kommunismus nur mit militärischen Waffen, mit Notstandsgesetzen und "psychologischer Verteidigung" sichern, ihren Freiheitsanspruch nur mit emotionaler Propaganda demonstrieren. Eine auf diesen mehr Krücken als Pfeilern errichtete Demokratie wird in der Stunde der Krise zusammenbrechen. Die SPD ruft deshalb die CDU-CSU und mit ihnen die anderen demokratischen Parteien der Bundesrepublik auf, durch eine gemeinsame Anstrengung die Voraussetzungen für eine erfolgreiche geistig-wirtschaftliche Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zu schaffen. Ob eine Zusammenarbeit mit der CDU/CSU möglich ist, wird von der Beantwortung folgender Fragen abhängen:

1. Ist die CDU/CSU immer noch der Überzeugung, daß das militärische Gleichgewicht des Schreckens genügt, um unsere Sicherheit zu garantieren und den Kommunismus seine Angriffskraft zu nehmen?
2. Ist die CDU/CSU immer noch der Auffassung, daß die geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus von einem Amt für "psychologische Verteidigung" und durch emotionale Propaganda geführt werden kann?
3. Glaubt die CDU/CSU, daß die bisherige Unterstützung von Forschung und Wissenschaft, die bisherige Berücksichtigung der Kulturaufgaben der Länder beim Finanzausgleich ausreichen, um Menschen heranzubilden, die entschlossen als Bürger eines demokratischen Staates die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zu führen imstande sind?
4. Ist die CDU/CSU bereit, in Verwirklichung des Grundgesetzes eine Politik zu entwickeln, die dem Kommunismus eine wahrhaft soziale demokratische Ordnung gegenüberstellt?

Die SPD ist in der Bundesrepublik Oppositionspartei. Sie ist angesichts der Veränderungen in der Welt und der davon unberührt gebliebenen starren CDU/CSU-Politik nicht nur berechtigt, sie ist verpflichtet, diese Fragen aufzuwerfen. Sie wird nicht nachlassen, die CDU/CSU immer wieder mit der Wirklichkeit zu konfrontieren. Im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk fordert die SPD die Antwort der CDU.

+ + +

Der Artikel erscheint auch  
in "Vorwärts" dieser Woche.

9. Februar 1960

### Die Rückkehr U Nu

UD - Das Wahlergebnis in Burma hat jenen Mann wieder an die Macht gebracht, der seit nahezu 15 Jahren an der Spitze der Union gestanden hat. U Nu, einstiger Freund des burmesischen Freiheitshelden Aung San, gleich ihm ehemaliges Mitglied der politischen Keimzelle des unabhängigen burmesischen Staates, der viel berühmten Thakin-Partei, konnte mit der von ihm geführten "reinen" Volk-freiheitsliga einen Wahlschub erzielen, der ihm mit Ausnahme eines Bezirkes riesige Stimmengewinne erbrachte.

Mit diesem Ereignis tritt die Militärregierung des Generals Ne Win ab. Fast anderthalb Jahre lang hat sie, mit notwendiger Härte und Strenge, und unterstützt von den Sozialisten, das Land aus einem Sumpf von Korruption und Unsicherheit herausgezogen. Niemand weiss, was wirklich geschehen wäre, wenn nicht die Armee im Jahre 1956, kurz nach der Abspaltung der allmächtigen christlich-islamischen Front unter Führung der Sozialisten - das Land in die Hand genommen hätte. Die meisten nehmen an, daß das Land eine Seite der inner auf-standserreilten kommunistischen Invasoren geworden wäre. Demals sperrten sich die sozialistischen Führer U Ba Swe, selbst einstiger Ministerpräsident und langjähriger Verteidigungsminister, und U Kyaw Nyein mit ihrer Gruppe von U Nu. Die U Nu-Anhänger die "reine" Volk-freiheit-Liga, die sozialistische Opposition band sich in den Reihen "stetigen" Volk-freiheit-Liga.

Grund für den damaligen Bruch war die Absicht des Minister-präsidenten U Nu, mit Hilfe kommunistischer Fellow Traveller eine persönliche Herrschaft zu errichten, was wiederum vier kurz oder lang zur offenen Machtergreifung der Kommunisten geführt hätte. Die Armee etc., die jahrelang den Bestand der burmesischen Union gegen die Kommunisten und andere separatistische Elemente verteidigt hat-te, und die sozialistische Gruppe um U Ba Swe widersetzten sich dieser Politik. Die Letzteren gingen aus der Parteienfront heraus, die Militärs aber zwangen U Nu zum Rücktritt, um ungehindert durch die Einflüsse intrigierender Präzidenten die Grundlagen für normale Wahlen zu legen. Nun, die Armee hat ihr Versprechen erfüllt. Die Wahlen sind abgehalten worden. Und U Nu ist der Sieger.

Man fragt sich, was der wirkliche Grund für U Nus Wahlerfolg gewesen ist. Viele sind der Meinung, die Abneigung gegen die Militärs habe dem Ex-Premier geholfen. Andere wiederum glauben, die laut verkündete Absicht, den Buddhismus zur Staatsreligion zu er-heben, habe ihm die Unterstützung des buddhistischen Klerus und der Mönche eingebracht, ein Faktor, der auch bei der Machtvergreifung des inzwischen ermordeten brylannesischen Ministerpräsidenten Sand-arsweike eine Rolle gespielt hat. Sollte dies zutreffen, dann dürfte man auf den Preis gespannt sein, den U Nu in der Zukunft für diese Wahlhilfe zu zahlen haben wird. Das gleiche gilt für die Kommunisten, die sich in der "Nationalen Front" sammelt hatten und in vielen Fällen darauf verzichteten, einen Gegenkandidaten gegen die Anhänger U Nus aufzustellen.

Man darf gespannt sein, wie die Gruppe um U Ba Swe (der im Wahl-kampf unterlag) und U Kyaw Nyein sich verhalten wird. Die sozialisti-sche Partei stellt sich nach wie vor den beschuldigten organisatorischen Faktor gegen der Armee zu Gunsten dar. Darum dürfte jeder Versuch U Nu, das Land über zu kommunistische Staaten zu bringen, im Interesse scheitern.

### Vertriebene Bauern warten auf Land

mu. - In den Ausschüssen für Landwirtschaft und für Heimatvertriebene des Schleswig-Holsteinischen Landtages soll in den nächsten Wochen über die Frage entschieden werden: "Warden die 6000 heimatvertriebenen Bauernfamilien in Norden, die einen Bauernhof erhalten möchten, diesen Hof auch dann bekommen können, wenn die in den Jahren 1947 bis 1950 vom Landtag beschlossenen Agrarreform-Gesetze aufgehoben werden". Bei der Parlamentsdebatte Ende Januar sprachen sich die Sozialdemokraten und der Gesamtdeutsche Block als Oppositionsparteien gegen die Aufhebung der Gesetze jedenfalls insoweit aus, als durch handfeste Sicherungen das Siedeln zugunsten der Vertriebenen und nachgeborenen Bauernsöhne weiter gesichert sein muß. Die beiden Regierungsparteien, die Christlichen Demokraten und die Freien Demokraten sind demgegenüber für die Aufhebung der damaligen Gesetze, ohne jedoch die Zusicherungen für das Siedeln in der Zukunft durch verpflichtende Bestimmungen unterbaut zu haben.

Die fünf Agrarreform-Gesetze und Verordnungen wurden in den Nachkriegsjahren, als hunderttausende von Heimatvertriebenen in Schleswig-Holstein eine neue Heimat gefunden hatten, von der sozialdemokratischen Landesregierung unter dem Ministerpräsidenten Diekmann eingebracht und einstimmig vom Landtag gebilligt. Schon damals wurde der damit verbundene Wunsch der britischen Besatzungsmacht, den Großgrundbesitz zu entmachten, weit in den Hintergrund gedrängt. Die damals eingeleitete Siedlungspolitik zeigte dann auch, daß besonders in Oldenburg schlecht bewirtschaftete Großgüter des Mehrfachgroßgrundbesitzes in blühende Bauerndörfer mit gut arrondierten und gesunden Höfen verwandelt wurden. Allerdings half das Enteignungsgesetz dem Ministerpräsidenten Diekmann wesentlich dabei, 30 000 Hektar Grund und Boden vom Mehrfachgroßgrundbesitz für die Siedlungszwecke zu bekommen.

Nach der Aufsiedlung dieser landwirtschaftlichen Nutzflächen gab das Land Schleswig-Holstein unter der Regierung der Christlichen Demokraten noch mehrere Domänen her. Die Siedlungspolitik verlief dann aber in immer schmaleren Bahnen, weil durch die Flurbereinigung wenig Land anfällt und auf dem freien Markt heute bis zum zehnfachen des

Einheitspreises verlangt wird. Die Leidtragenden dieser Politik waren die heimatvertriebenen Bauern, die heute, fünfzehn Jahre nach Kriegsende, immer noch auf einen Hof warten. Außerdem ist das Land auch deshalb knapp, weil die Bundeswehr in Schleswig-Holstein in sehr grossem Maße Land für Truppenübungsplätze, Flugplätze und Kasernen in Anspruch nimmt.

So ist es denn verständlich, daß die Oppositionsparteien im Landtag in Kiel erst die verbindlichen Zusicherungen in Form von handfesten Siedlungsbestimmungen durch die Regierung wünschen, ehe sie bereit sind, die damaligen Agrarreformgesetze über Bord zu werfen. Bei alledem ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokraten damals wie heute nicht an eine entschädigungslose Enteignung denken, sondern bereit sind, den Landbesitzern den Marktwert zu zahlen. Sie wünschen aber, daß ein Weg gefunden wird, Grund und Boden in die Hand des besseren Wirtes gelangen zu lassen, damit heimatvertriebene und nachgeborene Bauernsöhne eigenen Grund und Boden unter den Pflug bekommen und neue gesunde Bauerndörfer im Norden zwischen den Meeren entstehen.

+ + +

#### "Fall Oberländer" - beste Waffe der Kommunisten

sp - Der "Fall Oberländer" erweist sich immer mehr als eine der stärksten Propagandawaffen der Kommunisten - und nicht nur der deutschen Kommunisten -, mit der sie das moralische Prestige der Bundesrepublik unterhöhlen, erfolgreich unterhöhlen, wie der Empfang einer DDR-Delegation in verschiedenen britischen Städten beweist. Oberländer, der Bundesminister für Vertriebene und Flüchtlinge, hat anscheinend jedes Gefühl dafür verloren, wie verhängnisvoll sein Festkleben am Ministersessel sich für das Ansehen der Bundesrepublik in der Welt auswirkt. Wäre er wirklich der gute Deutsche, für den er sich ausgibt, müßte er schon längst von der politischen Ebene verschwunden sein. Solange er als Bundesminister wirkt, werden die Kommunisten immer wieder die Gelegenheit wahrnehmen, die Bundesrepublik als "Herd von Revanchisten und Ostlandreitern" zu diffamieren. Aber wenn schon Oberländer selbst nicht diese Einsicht aufbringt - sie ist auch bei diesen Opportunisten kaum zu erwarten -, sollte man sie wenigstens von seinem Regierungschef erwarten. Welche Bande binden den Bundeskanzler an seinen Vertriebenenminister? Adenauer ist gewiß kein Anzisenit und auch kein Militarist, aber was bewegt ihn, seinen Ruf mit der politischen Existenz eines Oberländer zu verknüpfen, der, gelinde gesagt, mit zu den intellektuellen Urhebern der deutschen Tragödie gehört? Der Bundeskanzler mag noch so laut und noch so oft vor der deutschen Volke und vor der Welt beteuern, daß er aufrichtig bestrebt sei, die Schatten der Vergangenheit zu bannen - sein Festhalten an Oberländer nimmt seinen Worten die Überzeugungskraft. Wer heute Oberländer verteidigt, arbeitet den Kommunisten in die Hände ...

+ - +

### Die Super-Petition

Von Ulrich Dübber

Seit es Mächtige auf dieser Welt gibt, empfangen sie von ihren Untertanen Bittschriften. Die deutschen Kaiser des Mittelalters, die ihr Amt meist im Umherziehen ausübten, nahmen sie auf den verschiedenen Stationen ihrer Reisen entgegen. Der Alte Fritz empfing die Bittsteller unter einer Linde unweit der Langen Brücke in Potsdam, die man noch heute als die "Bittschriften-Linde" besichtigen kann; jedenfalls, bis sie demnächst zusammen mit dem Stadtschloß besichtigt wird.

Als aus den Untertanen Bürger wurden, verwandelte sich die Gunst, Bittschriften überreichen zu dürfen, in das "Petitionsrecht" (lat. petere: bitten, ersuchen), das vor der Verfassung gewährleistet wird. Von ihm wird intensiv Gebrauch gemacht, der Bundestag in Bonn unterhält einen eigenen Ausschuß für die Beratung der über 10 000 Petitionen pro Jahr. Der Weg nach Bonn erspart sie Post.

Die Abgeordneten können ihren vollen Arbeitstag mit dem Studium der Briefe verbringen, die ihnen ihre Wähler nach Bonn schicken. Was auf sie im Laufe eines Monats niedergeht, ist nur mit der Dezimalwaage zu messen. Es beginnt mit der Postkarte ungelenkter Hand, geht über den mit der Maschine getippten und häufig verweisfälligen Brief zur seitenlangen gedruckten Eingabe bis zur gebrauchten Dankschrift auf teurem Papier mit vielen Bildern und (nicht immer erheblichen) Statistiken.

Die letztere Spezies ist das Lieblingekind der Verbände. Ganze Verbindungsgebühren verdienen ihren Lebensunterhalt durch fließbandmäßige Darstellung von Memoranden. Mit ihnen wird "bewiesen", wie sehr das X-Gesetz an der Fundamente des Y-Gewerbes rüttelt, welches idem mit - bei Gott nicht um eigennützigem Zwecke willen - den Damen und Herren sein "Anliegen" unterbreite.

Wer jeden Tag seine zwei Pfund "Anliegen" aus dem Postfach in sein Zimmer schnöpft, erwirbt ein gewisses Quantum Gemütskälte gegenüber den Besseren, die mit ihm 518 Kollegen in der gleichen unper-



sönlichen Form empfangen haben. Der modernen Werbepsychologie bleibt das nicht verborgen. Sie sinnt auf Abhilfe. Wo Kunstdruckpapier und bunte Bilder Aufmerksamkeit nicht mehr erzwingen können, mag der Imperativ des Telegrammstils vielleicht eine Schockwirkung erzielen. Doch jeder Verbandsgeschäftsführer von Geschmack hat unterdessen eingesehen, daß fünf Seiten Perschreiberstreifen-beklebte Telegrammformulare Augenpulver sind und auch ästhetisch nicht befriedigen. Häßlichkeit verkauft sich schlecht.

Was nun? Ist die Frage der Verbände, die vor derselben Situation wie die Waschpulverfabrikanten stehen, deren auch jedes Jahr ein neuer Name für ihr Produkt einfallen muß. Da hat, man muß es neidlos anerkennen, im elften Jahr der Bonner Eingebensflut, ein Mann einen wirklich neuen Gedanken gehabt. Er hat die Super-Petition erfunden, das Modell 1960. Sie erschlägt alle Konkurrenten, weil sie allein - bei 22 Seiten! - 2,4 Kilo wiegt. Das ist der Schließfach-Inhalt von drei Tagen.

Das Format der Denkschrift mißt 60 mal 40 Zentimeter, wenn man sie aufschlägt, einen halben Quadratmeter. Im Plenum kann sie der Empfänger nur lesen, wenn der Nachbar die Grippe hat. Die Dicke des Papiers entspricht der des bekannten Persilkartons. Absender ist "ein Kreis entschlossener Gemeindevorsteher" aus dem Ruhrgebiet, die sich zu dem eslichteten und immer wieder gern gehörten Thema "Maße und Gewichte für Lastkraftwagen" (an der Werbewirtschaft und Post schon manche Mark verdient haben) äußern. Ihre Ansicht, die hier nicht zur Debatte steht, veröffentlichten sie im Leitern, die nicht einmal der Setzkasten der "Bild-Zeitung" hergeben würde. Käme Ollendorfer auf den Einfall, die Denkschrift während des Plenums zu studieren, so könnten sie auch die Schulkinder auf der hinteren Tribüne des Saales lesen.

Das neue Modell ist da, jetzt hat das Wort die Konkurrenz. Das Bundestagspersonal sieht schweren Zeiten entgegen. Schon dieses Mal mußten Gepöckkarron eingesetzt werden, weil die Fächer zu klein waren. Noch ist es Zeit, in der neuen Bundestags-Bat Mittel zum Umbau der veralteten Schließfächer und zur Beschaffung weiterer Karron einzusetzen. Neue Aktenschränke werden gebraucht, zum Abheften. Und größere Papierkörbe.